

Deutsch-russische Netzwerkkonferenz

Vom 5. bis zum 8. November 2012 fand in Pskow die Konferenz „Für die Rechte der Menschen mit geistigen Behinderungen auf ein würdiges Leben. Die Sozialverantwortlichkeit einer Zivilgesellschaft“ statt, mit der versucht werden sollte, das Leben von Menschen mit geistigen Behinderungen in der Russischen Föderation und in Deutschland zu

darauf, daß die Erfahrungen in Pskow fast einzigartig seien, denn Menschen mit geistigen Behinderungen landeten oft in Internaten und im Erwachsenenalter in geschlossenen Heimen.

Ein grundlegendes Problem ist für Mariana Sokolowa die Wahrnehmung der Behinderten durch die Gesellschaft. Diese Sicht zu verändern, sei möglich durch eine Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft und durch die Verände-

ganzen Land gesichert, daran habe sich seit der Sowjetzeit wenig verändert. Das heutige System sei auf dem Prinzip der Aufsicht aufgebaut und nicht auf dem der Integration. Doch Rußland hat die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen unterschrieben, und es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Erlassen und Dokumenten, die ähnliche Rechte für Behinderte formulieren wie in Europa.

Persönliche Faktoren und äußere Faktoren bestimmten das Leben der Behinderten. Bei den äußeren Faktoren werden Fachleute benötigt, die helfen, die behindernden Faktoren wie Zugänglichkeit, Wohnen, Arbeit zu bewältigen. Das heutige System ist landesweit vor allem staatlich organisiert. Familien müssen Einzeldienstleistungen beim Arzt, Psychologen etc. beantragen. Es werde nicht kooperiert, sondern

Die Teilnehmer der deutsch-russischen Netzwerkkonferenz in Pskow (links, Blick auf den Pskower Kreml) vor dem Heilpädagogischen Zentrum (unten)

wird bereits in Dagestan und in Pskow verwirklicht.

Der Staat habe schon viele Vorschläge aufgegriffen, aber die Umsetzung im ganzen Land sei schwierig, auch weil vor Ort Informationen fehlten – insbesondere bei kleineren Organisationen. Vor diesem Hintergrund sind ausländische Erfahrungen gefordert, daher seien sie interessiert an der Zusammenarbeit mit deutschen Partnern und dem Erfahrungsaustausch zwischen den Städtepartnern, denn das Wirken von Organisation zu Organisation, von Eltern zu Eltern könne Neues entstehen lassen.

Andrej Tsarjow, Vorsitzender der überregionalen „Assoziation Gleiche Chancen“ und Leiter des HPZ, warf einen Blick auf die Entwicklungen in Pskow, da die seit den 1990er Jahren entstandenen Einrichtungen vorbildhaften Charakter für Rußland haben. Auch weil sie in einem Zusammenspiel von russischen bürgerschaftlichen Organisationen und den Stadt- und Gebiets-



einem Thema in den Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern zu machen.

Etwa fünfzig Teilnehmer aus sieben Regionen Rußlands und sechs Bundesländern nahmen an der Konferenz teil.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch Andrej Tsarjow, Leiter des Heilpädagogischen Zentrums Pskow (HPZ), dem Ort der Konferenz, und Peter Franke, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften (BDWO), informierten drei Referate über die Situation von Menschen mit geistigen Behinderungen in Rußland, über die Entstehung und die Arbeit des HPZ sowie über die Einbeziehung von Behinderten in die Arbeitswelt am Beispiel der Gemeinnützigen Werkstätten in Oldenburg.

Mariana Sokolowa, Geschäftsführerin der überregionalen „Assoziation zur Förderung von Menschen mit mentalen und psychophysischen Behinderungen – Gleiche Möglichkeiten“ mit Sitz in Pskow, informierte über die Entstehungsgeschichte der Assoziation und grundlegende Probleme von Menschen mit Behinderungen in Rußland. Sie verwies

zung der Sicht auf Behinderte.

Auch vor diesem Hintergrund wurde vor fünf Jahren die überregionale Organisation gegründet, als Bewegung von unten. Heute gibt es Mitglieder in neunzehn Städten und die Assoziation hat derzeit in den Regionen neun Gliederungen.

Mariana Sokolowa betonte, daß ohne Veränderungen der Sozialpolitik und der Politik allgemein sowie der Normen und Gesetze wenig bewegt werden kann. Rechte der Kinder würden zwar von der Verfassung geschützt, trotzdem müsse dies in allen Gesetzen und Normen berücksichtigt werden und dürfe nicht vom Handeln eines „schlechten“ oder „guten“ Gouverneurs abhängen und auch nicht von einer starken oder schwachen Bürgerbewegung. Im Jahr 2011 hat die Assoziation einen Koordinationsrat für die Situation von Behinderten bei der Gesellschaftlichen Kammer initiiert. Dieser Koordinationsrat ist an der Erarbeitung der neuen Sozialgesetzgebung beteiligt. Sokolowa wies daraufhin, daß Behinderte eine Personengruppe darstellen, die im gesamten Sozialsystem Leistungen abfragt, doch die Erbringung der Leistungen sei nicht im



es gebe nur eine großen Apparat der Dienstleistungen anbietet. Meist werde auf der Regionsebene entschieden, wer welche Leistungen erhält. Sokolowa verwies darauf, daß die heute eingesetzten Geldmittel sehr hoch sind. Die Assoziation schlägt die Gründung von sozialen Kommissionen vor, in die gesellschaftliche Organisationen, Wirtschaftssubjekte und verantwortliche Behörden einbezogen werden. Diese Kommissionen sollen Untersuchungen durchführen und Prophylaxe betreiben. Dieses „interdisziplinäre Herangehen“ – mit einem Kind arbeitet die gesamte Phalanx von Fachleuten und ein Gesamtbild entsteht –,

verwaltungen sowie deutschen Partnern entwickelt worden sind.

1988 entstand in Pskow die Assoziation von Eltern, die ihre Kinder nicht in Internate abgeben, sondern zuhause leben lassen wollten. Damals gab es auch erste Treffen mit deutschen Partnern, die diesbezügliche Erfahrungen hatten. 1992 unterschrieb die Stadt Pskow einen Vertrag zur Gründung einer Einrichtung für Behinderte, und 1993 wurde das HPZ gegründet. Die deutschen Partner hatten dabei die Vorbereitung des Personals und die Organisation des Erfahrungsaustausches übernommen, vor allem in der Rurtal-Schule in Heinsberg.

Danach entstand die Frage, was die Kinder nach Vollendung des 18. Lebensjahres machen. Entsprechend arbeitete man daraufhin, daß im Jahre 1999 eine Behindertenwerkstatt gegründet wurde. Die Kosten wurden vollständig von der Stadt übernommen.

Danach widmete man sich der Frage, was mit Kindern im Alter bis sechs Jahren geschieht – so wurde 2003 die Frühförderereinrichtung für kleine Kinder „Lim-Po-Po“ gegründet.

Wie sollen Behinderte leben, wenn die Eltern nicht mehr da sind? Der nächste Arbeitsschritt befaßte sich damit, wie man das Wohnen organisieren kann. Im Rahmen des Projektes haben sich verschiedene Partner darauf verständigt „betreutes Wohnen“ aufzubauen und zwischen 2005 und 2007 wurden drei Modelle erarbeitet, die heute in Pskow, Wladimir und Moskau funktionieren.

Mit dem Projekt „Betreuung der Familien“ befaßte man sich zwischen 2009 und 2010. So entstanden Familiendienste in Wladimir, Pskow und Nischni Nowgorod.

Im Jahr 2012 entschied die Stadtverwaltung Pskow vier Wohnungen für das Zusammenleben von behinderten Jugendlichen zu kaufen. Letztlich bildete dies den Schlußstein des in Pskow geschaffenen Systems. Fundament dieses Systems sind die Eltern (mit ihren gesellschaftlichen Organisationen), die deutschen Partner sowie die Behörden von Stadt und Gebiet. Mittlerweile gibt es in Pskow drei Organisationen, die Frühförderung anbieten, darunter eine gesellschaftliche. Das HPZ arbeitet nach den Regeln der Mittelschule und unterrichtet Kinder von sechs bis achtzehn Jahren. Die Kinder können die Schule jeden Tag von 8:30 bis 15:00 besuchen. Für jedes Kind wird ein individueller Lehrplan erarbeitet. In den Werkstätten arbeiten Jugendliche, die das HPZ oder andere Einrichtungen abgeschlossen haben. Als großer Schritt für das Leben nach beziehungsweise ohne Eltern gibt es „betreutes Wohnen“ und eine Lehrwohnung, in der das selbständige Leben geübt wird.

Tsarjow betonte, daß dieses System in Pskow entstanden sei ungeachtet der Gesetzgebung und

nicht mit Hilfe der Gesetzgebung, sondern eben mit Hilfe der bestehenden Partner und der Unterstützung durch die Verwaltung. Gesetze für die Arbeit der Einrichtungen bestehen bisher nicht. Viel hängt weiterhin vom Engagement der Eltern und der Gleichgültigkeit der Gesellschaft ab.

Tsarjow sieht das Pskower System als russisches Modell, das aber an die Bedingungen vor Ort angepaßt werden muß. Hier sieht er Möglichkeiten, wo durch Informationsweitergabe im Netzwerk der deutsch-russischen Partnerschaftsstädte Neues entstehen könnte.



In der Diskussion zu beiden Vorträgen wurde deutlich, daß es vor Ort immer wieder Schwierigkeiten mit der Zuordnung von Zuständigkeiten gibt, so daß mal die Bildungsverwaltung, mal die Sozialbehörde zuständig ist. Zudem gibt es starke Unterschiede zwischen den Regionen bis hin zu der Frage, was auf der Stadtebene gelöst werden kann beziehungsweise was auf der Gebietsebene.

Die Teilnehmer hatten dann die Möglichkeit die Räumlichkeiten des HPZ zu besichtigen.

Im dritten Einführungsvortrag stellte Gerhard Wessels vom Vorstand der Gemeinnützigen Werkstätten Oldenburg die Arbeit der Werkstätten vor. Er ging auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- wie auf Landesebene ein. Er beschrieb das zu erfüllende Prozedere, um einen Arbeitsplatz in einer Werkstatt zu erhalten. Voraussetzung für einen Arbeitsplatz ist, daß Betroffene nicht, noch nicht oder noch nicht wieder eine Beschäftigungsmög-

lichkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt finden können. Durch Bundesgesetzgebung wird Behinderten ein Werkstattarbeitsplatz, Hilfe zum Leben und eine Grundversicherung garantiert. Die Ausführung erfolgt über gemeinnützige und private Organisationen, die Mitglied in Wohlfahrtsverbänden sind. Jeder Betrieb in Deutschland mit mehr als zwanzig Beschäftigten muß mindestens fünf Prozent Mitarbeiter mit Schwerbehinderung haben. Wird diese Quote nicht erfüllt, muß die sogenannte Ausgleichsabgabe gezahlt werden. Das Geld wird für Lohn und Maschinen der

Am zweiten Tag der Konferenz wurde in Städtearbeitsgruppen (hier Petrosawodsk-Tübingen) diskutiert

Werkstätten sowie für die Finanzierung der Integrationsämter genutzt. Die Werkstätten erhalten ein Betreuungsgeld, das sich nach der Schwere der Behinderung richtet. Sie finanzieren sich durch die Entgelte vom zuständigen Kostenträger, der Ausgleichsabgabe, Spenden, Dienstleistungen und ihren Erzeugnissen. Ab einem Lohn von 325 Euro erfolgt eine Anrechnung auf die Grundsicherung. Festgelegt ist, daß mindestens sieben Prozent des Arbeitsergebnisses der Werkstätten an die Beschäftigten ausgeschüttet werden muß.

Die Werkstätten in Oldenburg haben unter anderem die Arbeitsbereiche Metallverarbeitung, Elektromontage, Holzverarbeitung, Wäscherei und Industriemontage sowie einen eigenen Laden und ein Café. Sie bieten 700 Arbeitsplätze an vier verschiede-

nen Standorten. Betreut werden auch Behinderte auf Plätzen in der freien Wirtschaft. In den Arbeitsbereichen gibt es Facharbeiter, die die Behinderten anleiten und schulen.

In der Diskussion ging es unter anderem um die Frage, ob eine gesellschaftliche Organisation beispielsweise in Wladimir eine Werkstatt eröffnen könne. Dies sei theoretisch wohl möglich, hieß von russischer Seite, aber praktisch seien die Hürden zu hoch.

Den einleitenden Referaten folgten zwei parallele Workshops zu den Themen „Erhaltung und Veränderung bestehender Strukturen zur Verwirklichung der Rechte für Menschen mit geistigen Behinderungen auf lokaler und regionaler Ebene“ und zu „Entwicklung von Ideen und Visionen für praktische Hilfen in sozialer Inklusion für Menschen mit geistigen Behinderungen“.

Nach den zweistündigen Workshops besichtigten die Teilnehmer die Lehrwohnung. Sie konnten sich bei Betreuern und Lernenden über die Möglichkeiten der Lehrwohnung und die Teilhabe der Behinderten an allen gesellschaftlichen Bereichen informieren.

Der zweite Konferenztag begann mit einem Besuch der Frühförderstelle „Lim-Po-Po“ und der Besichtigung der Behindertenwerkstatt des HPZ.

Vor dem Einstieg in die Arbeitsgruppen der Partnerstädte wurde über die Diskussionen in den beiden Workshops informiert. Mariana Sokolowa betonte, daß die Fragen im ersten Workshop global und vielschichtig waren und Basis für den Dialog der Partnerstädte sein könnten. Sie verwies darauf, daß von vielen deutschen Teilnehmern das Prinzip der Finanzierung nicht verstanden wurde. Deshalb erklärte sie es erneut: die Hauptverantwortung für Finanzen und Dienstleistungen wird von der Föderation auf die Ebene der Gebiete übertragen; diese verteilen das Geld weiter an die staatlichen Dienstleister, mit denen die Eltern häufig nicht zufrieden sind. Da Behinderte lange Zeit nur in Internaten verwahrt wurden, gab es auch keine Dienstleistungen für sie. Dies hat sich in den letzten

vier, fünf Jahren verändert, daher fördern die Gebiete auch Leistungen von nichtkommerziellen Organisationen, die aber nicht zu den systembildenden Einrichtungen zählen. Das Geld der Föderation geht an die Verwaltung für den sozialen Schutz der Bevölkerung, die das Geld verteilt und zu gleich Eigentümer der Einrichtungen ist, die wieder an sich selbst Anträge stellen. Sie beton-

um Ressourcen und Kompetenzen zu erhalten. Weiterer Diskussionspunkt war die Teilhabe am „öffentlichen Leben“ sowie mögliche Maßnahmen zu Integration und Inklusion. Es wurde betont, daß Behinderte in der Öffentlichkeit präsent sein müssen. Weitere Diskussionspunkte waren die Möglichkeiten von Freizeitgestaltung außerhalb von Schule, Bildung und Arbeit, die Beratungs-

und Kontinuität der Partnerschaftsbeziehungen unterschiedlich waren. So führte Helmut Hinrich (Oldenburg) aus, daß der Informationsaustausch zwischen beiden Städten nicht so gut ist, wie er sein könnte, und man erst vor einem halben Jahr von den Aktivitäten in Machatschkala erfahren habe. Dort sei man derzeit an dem Punkt, daß Behinderte ins Arbeitsleben übergeleitet werden. Hier sieht man gute Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit, nämlich die Pläne für eine Behindertenwerkstatt mit Inhalt zu füllen zum Beispiel durch das Angebot von Hospitationen in Oldenburg. Im Juni 2013 werden beide Stadtleitungen bei der deutsch-russischen Städtepartnerschaftskonferenz zusammenreffen, und man will vor-

ten Stärken und Schwächen, und ein Erfahrungsaustausch untereinander könnte allen weiterhelfen. Das Kompetenzzentrum soll im Erlangen-Haus in Wladimir angesiedelt werden. Peter Steger (Erlangen) ergänzte, daß es angesichts der Größe Rußland sinnvoll sei, kleine Kompetenzzentren in den Regionen zu gründen, die Erfahrungen weitergeben könnten. Er erinnerte daran, daß Städtepartnerschaften zeitlich nicht begrenzt sind, und so lange es Menschen gebe, die sich darum kümmern beziehungsweise kümmern dürfen, können Projekte unbefristet weitergeführt werden.

Auch in den drei anderen Arbeitsgruppen verständigte man sich auf konkrete Schritte beim Ausbau des Informationsaustausches sowohl vor Ort sowie durch Fachbesuche beziehungsweise durch Seminare in den Partnerstädten. Deutlich wurde bei den Berichten, daß es bei der Koordination und dem Erfahrungsaus-



Die Konferenzteilnehmer besuchten unter anderem das Frühförderzentrum „Lim-Po-Po“ (links) für Kinder bis sechs Jahre und die dem HPZ angeschlossene Werkstatt

te, daß im Workshop vor allem auf das Problem der fehlenden Kompetenz von Verwaltungen und Beamten verwiesen wurde sowie auf die sehr unterschiedliche Qualität der Leistungen in den Regionen.

Helene Luig-Arlt (BDWO) berichtete über die im Workshop benannten Möglichkeiten der weiteren Arbeit, nämlich Verträge zwischen Gebiet und NROs über bestimmte Bereiche wie Ausführung und Personal zu schließen, die Selbstverwaltung zu stärken und Runde Tische aus Verwaltung, Wirtschaft, Betroffenen und NROs zu einzelnen Fragen durchzuführen, den Fachaustausch mit Vertretern aus der Verwaltung und Fachleuten zu befördern sowie das Verständnis in der Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Über die zweite Sektion berichtete Bernd Schleberger (BDWO). Diskutiert worden war über Fragen der Weiterbildung und Qualifizierung des Personals, das sich mit Menschen mit Behinderungen beschäftigt. Darüber, was mit den Jugendlichen geschieht, wenn sie achtzehn Jahre sind und aus der Schule entlassen werden, wie also Arbeit und Beschäftigung geschaffen werden können,

und Unterstützungsdienste sowie Elterncafés als mögliche Kommunikationszentren.

Ergänzt wurden seine Ausführungen von Andrej Tsarjow, der betonte, daß die Realisierung der Rechte der Menschen mit geistigen Behinderungen auf drei Säulen basiert, nämlich den Möglichkeiten des behinderten Menschen und seiner Familie, den Spezialisten und Fachleuten sowie der Gesellschaft. Aus seiner Sicht sind für die weitere Arbeit in den Beziehungen der Partnerstädte die Qualifizierung und Weiterbildung von Fachleuten sowie die Verbesserung der Qualität der Arbeit von besonderer Bedeutung.

Die Konferenz setzte ihre Arbeit in den fünf Gruppen der Partnerstädte fort: Tübingen-Petrosawodsk, Erlangen-Wladimir, Essen-Nischni Nowgorod, Oldenburg-Machatschkala und Irkutsk-Pforzheim. Ziel war, sich gemeinsam und gegenseitig über die konkrete Situation in den Partnerstädten und die Möglichkeiten vor Ort zu informieren sowie zu konkreten Absprachen über weitere Arbeitsschritte zu gelangen.

Im Plenum stellten die Gruppen ihre Arbeitsergebnisse vor, die natürlich ausgehend von der Enge



schlagen, das Thema Behindertenarbeit bei den Gesprächen der Delegationen zu behandeln.

Kirill Kowaljow (Wladimir) erinnerte daran, daß die Partnerschaft mit Erlangen fast 30 Jahre besteht und man im Jahr fast hundert Veranstaltungen und Projekte gemeinsam durchführt. In der Arbeitsgruppe sei man übereingekommen, im Mai-Juni 2013 ein überregionales und internationales Seminar zu Problemen von Behinderten durchzuführen. Das Seminar soll zeitlich so gelegt werden, daß auch Besucher der Städtepartnerschaftskonferenz teilnehmen können. Zudem will man ein Kompetenzzentrum für Behindertenarbeit aufbauen. Denn alle Regionen hät-

tausch vor Ort in Rußland wie in Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf gibt.

Zum Abschluß der Konferenz wurden die Ideen für die Fortsetzung der Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Resolution festgehalten. Die weitere Arbeit soll durch eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern von Assoziation und BDWO koordiniert werden. Die Arbeitsgruppe ist offen für alle, die daran teilnehmen wollen. Festgehalten wurde zudem, daß die gesellschaftliche Teilhabe von Behinderten als Thema in die deutsch-russische Städtepartnerschaftskonferenz im Juni 2013 in Uljanowsk eingebracht werden soll.

Peter Franke, Berlin

Sherali Rachimow übersetzte Goethe in die Sprache von Hafis

In Tadschikistan ist kürzlich das Buch „Die schönsten Beispiele der deutschen klassischen Literatur“ erschienen, eine Anthologie der von Sherali Rachimow ins Tadschikische übertragenen Werke großer deutscher Klassiker. Rachimow hat sich Zeit seines Lebens der Übersetzung aus dem Deutschen ins Tadschikische gewidmet, einige seiner Übersetzungen von Goethe und Lessing, von Keller und Storm waren bereits zuvor in kleinen Einzelausgaben veröffentlicht worden. Die Anthologie vereint nun alle von ihm übertragenen Werke, doch erreichte sie das Lesepublikum erst nach seinem Tod im Jahre 2010.

Nach dem Abschluß der Fakultät für deutsche Sprache und Literatur an der Pädagogischen Hochschule in Duschanbe im Jahre 1966 arbeitete Rachimow lange Jahre als Reiseführer und Dolmetscher für Intourist Tadschikistan. Ab 1994 war er über zehn Jahre II. Sekretär der Botschaft der Republik Tadschikistan in Deutschland. Dabei war er zuständig für Kultur und war auch als Übersetzer/Dolmetscher tätig.

An seine Deutschlehrerin in der Mittelschule – sie war eine der rund 40 000 Deutschstämmigen, die bis 1991 in Tadschikistan lebten – erinnerte er sich mit Dankbarkeit. War sie es doch, die ihn erstmals an Goethe und Heine heranführte. Einmal, so Rachimow, las die Lehrerin aus dem „West-östlichen Divan“ vor, und dabei hörte er den ihm so vertrauten Namen des persisch-tadschikischen Dichters Hafis: „Hafis, mit dir, mit dir allein will ich wetteifern.“ Dies hatte in ihm den Wunsch geweckt, die Werke des deutschen Klassikers ins Tadschikische zu übertragen.

Später an der Universität begann er, Gedichte von Goethe und Heine sowie Fabeln von Lessing in seine Muttersprache zu übertragen. Leider wurden seine Übersetzungen in den lokalen Zeitungen selten veröffentlicht. Zwar wurde in der Sowjetzeit die Förderung der nationalen Kulturen proklamiert, doch Übersetzungen ins Tadschikische wurden als überflüssig betrachtet, lagen

die Werke doch bereits in Russisch vor.

Aber Sherali Rachimow erfüllte sich seinen Wunsch. 1996 veröffentlichte er seine Übersetzungen von Goethes „Die Leiden des jungen Werthers“ und Gedichte des „West-östlichen Divan“ sowie von Lessings „Emilia Galotti“ und einiger Fabeln im Adib-Verlag. 2002 folgten die Übersetzungen der Novellen „Immensee“ von Theodor Storm und „Kleider machen Leute“ von Gottfried Keller. „Odamu libos“, so der tadschikische Titel der Keller-Novelle, bedeutet buchstäblich „Die Kleidung des Menschen“, was das Wortspiel des Originals scheinbar nicht wiedergibt. Es geht aber darum, daß dem Leser die wortgetreue Übersetzung unverständlich geblieben wäre, wenn ihm die von Keller so vortrefflich dargestellte Szenerie nicht aus den Zeiten Chodscha Nasreddins – ein beliebter Schelm der orientalischen Folklore – bekannt wäre: Chodscha Nasreddin kommt eines Tages an einem Haus vorbei, in dem Hochzeit gefeiert wird, er will an der Tafel Platz nehmen, aber oh weh, seine Kleidung ist alt und unscheinbar, niemand nimmt von ihm Notiz, man läßt ihn einfach stehen. So läuft Chodscha Nasreddin nach Hause, zieht seinen schönsten Pelz über und kehrt zum Hochzeitshaus zurück. Und siehe da, gleich wird er ehrerbietig begrüßt und an den Kopf der Tafel geführt. Als das Essen gereicht wird, ißt der Chodscha nichts, sondern bietet die Speisen seinem Pelz an: „Iß, mein Pelz, iß.“ Die Gäste fragen ihn verwundert: „Chodscha, warum ißt du nicht, was bietest du die Speisen dem toten Pelz an?“ Und da erklärt Chodscha, wie es ihm bei seinem ersten Kommen ergangen war, und schlußfolgert: „Die ganze Aufmerksamkeit gilt dem Pelz, soll er auch essen.“ Wahrscheinlich seit damals sagen die Tadschiken: „Odamu libos – khonavu palos“ („Die Kleidung des Menschen ist wie der Teppich im Haus“). Für solche Nuancen hatte Sherali Rachimow ein feines Gespür. Seine Übersetzungen sind professionell, und ich bin sicher, daß seine Arbeiten vom Lesepublikum des fernen Berglandes Tadschikistan hoch geschätzt werden.



Am 21. November 2012 hatten die Botschaft der Republik Tadschikistan, die Deutsch-Tadschikische Gesellschaft und der Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften zu einem Konzert aus Anlaß des 70. Geburtstages des Komponisten Firouz Bachor in das Russische Haus in Berlin eingeladen. Neben dem Komponisten selbst traten unter anderen die tadschikische Sängerin Gulchehra Kurbanowa und der Sänger Olim Soliew sowie Musikschüler des Zentrums der tadschikischen Kultur „Khunar“ aus Duschanbe mit Werken von Bachor sowie Werken deutscher Komponisten auf. Firouz Bachor ist Preisträger zahlreicher internationaler Wettbewerbe. So erhielt unter anderem sein Poem für Sinfonieorchester einen Preis beim III. Allunionwettbewerb junger Komponisten und im Jahre 2008 beim Prokofjew-Wettbewerb in Sankt-Petersburg erhielten seine „Zeichnungen auf Seide – 24 Präludien und Fugen“ den ersten Preis. Das Spektrum seines Schaffens reicht von Opern, Ballettmusik und Symphonien über instrumentale und vokale Miniaturen, Kammerkompositionen und Musik für Kinder bis hin zu religiösen Werken. Bachor arbeitete auch im Bereich populärer Musik. Er entstanden mehr als fünfzig Lieder und Musik zu verschiedenen Filmen.

Eine der letzten Arbeiten Rachimows war ein kleines Buch: Übersetzungen der Weisheiten und Sprüche deutscher Klassiker und deutsche Sprichwörter, „Namnunae chand az pandu andarzho, masal va zarbulmasalhoi olmoni“. Dieses kleine Buch überreichte er mir mitsamt Widmung im Jahre 2008.

Die eingangs erwähnte Anthologie enthält alle diese und einige noch unveröffentlichte Arbeiten, wie etwa Gedichte von Heine, Erzählungen und Weisheiten von Friedrich Rückert und eine Abhandlung des Übersetzers von „Die Sinnsprüche Omars des Zeltmachers“ Friedrich Rosen.

Sherali Rachimows Arbeit verdient große Anerkennung. Mit Blick auf die weltweite Entwicklung bin ich überzeugt, daß dem Aufbau der kulturellen Verbindungen ebensolche Bedeutung zukommt wie den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Und Rachimow hat sich mit seiner Arbeit gerade ersterem ge-

widmet. Seinen Traum, eine Anthologie zu veröffentlichen, hat sein Sohn Nawrus verwirklicht. Es fällt mir sehr schwer mit Blick auf Sherali Rachimow die Vergangenheitsform nutzen zu müssen. 2010 erreichte uns die traurige Nachricht seines frühen Todes. Aber zum Trost aller, die Sherali Rachimow persönlich oder über seine Arbeiten gekannt haben, sei angemerkt, daß er den Lesern beider Länder wunderbare Bücher hinterlassen hat. Damit wird er in Erinnerung bleiben. Die Anthologie war zugleich ein schönes Geschenk zum Jahrestag der Unabhängigkeit, die wir am 9. September feiern.

Alexander Heiser,
 Deutsch-Tadschikische
 Gesellschaft, Berlin

BDWO, Friedrichstr. 176-179,
 Zimmer 618, 10117 Berlin
 Tel.: 030/20455120, Fax: 030/20455118
 e-mail: info@bdwo.de
 Internet: www.bdwo.de